

Gabriel warnt vor „Politik auf Pump“

Jan Almstedt - 07. November 2011 – Quelle: www.spd.de

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat die Koalition aufgefordert, wegen der geplanten Steuersenkungen an anderer Stelle Geld einzusparen. Union und FDP wollten Geld verteilen, das sie noch gar nicht hätten. Schließlich nehme der Bund in diesem Jahr noch rund 27 Milliarden Euro an neuen Krediten auf.

Steuersenkung für die FDP, für die CSU das Betreuungsgeld. Die Bundeskanzlerin hat ihre widerspenstigen Koalitionspartner befriedet.

Kurz vor den Parteitagen von CDU und FDP haben sich Angela Merkel und die Chefs von CSU und FDP, Horst Seehofer und Philipp Rösler, auf eine Linie in mehreren langjährig umstrittenen Punkten geeinigt. Auf dem Koalitionsgipfel am Sonntag im Kanzleramt vereinbarten sie eine Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags sowie eine Steuersenkung in Höhe von insgesamt sechs Milliarden Euro. Zum Teil sollen die Einnahmeausfälle auch von den klammen Bundesländern getragen werden.

Gleichzeitig zur Steuersenkung sollen Beschäftigte aber mehr Abgaben zahlen – der Beitrag zur Pflegeversicherung soll um 0,1 Prozentpunkte steigen und eine private Zusatzversicherung eingeführt werden. Die CSU bekommt das von ihr geforderte Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita geben. Außerdem soll es mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur geben und das Mindesteinkommen für ausländische Fachkräfte gesenkt werden.

Auf heftige Kritik in der SPD stoßen vor allem die Steuersenkungs-Pläne. „Wir müssen die steuerlichen Mehreinnahmen nutzen, um Schulden abzubauen“, forderte am Montag im Radiosender HR-Info Parteichef Sigmar Gabriel – „und nicht, um Wahlversprechen zu machen“. Die Zeit, in der „Politik auf Pump“ gemacht werde, sei endgültig vorbei. Union und FDP wollten Geld verteilen, das noch gar nicht da sei, warnte Gabriel mit Blick auf die ungewisse Entwicklung der Steuereinnahmen – und verwies auf darauf, dass der Bund in diesem Jahr immer noch 27 Milliarden Euro neue Schulden machen muss. Auch für das kommende Jahr sei eine Nettokreditaufnahme von über 20 Milliarden Euro geplant.

Nahles: "Mickrig" für den Einzelnen aber deutliche Belastung für den Staatshaushalt

Sechs Milliarden Euro dauerhaft weniger Einnahmen sind aus Sicht der SPD schwer zu verkraften. Auf der anderen Seite dürfte die Entlastung für den Einzelnen „mickrig“ sein, kritisierte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am

Montag in Berlin. Einen solchen „Irrweg“, der die Belastung von Ländern und Kommunen deutlich erhöhe, werde die SPD im Bundesrat nicht mittragen, kündigte Nahles an.

Schwesig: Versicherungswirtschaft verdient

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig sieht zudem die Probleme in der Pflege durch die angekündigte Beitragserhöhung in keiner Weise gelöst. Ohne eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, bleibe der Bereich unterfinanziert und unsolidarisch, sagte sie MDR Info. Private Zusatzversicherungen, wie sie die FDP durchgesetzt hat, seien keine Lösung: „Die einzigen, die hier verdienen werden, ist die Versicherungswirtschaft.“